

Klartext

CDU

FRAKTION IM RAT DER STADT DORTMUND

Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion

AUSGABE 2/2024



Nächste Sitzungen
des Rates:
Do, 13.02.2025, 15 Uhr
Do, 27.03.2025, 15 Uhr
Do, 22.05.2025, 15 Uhr
Im Livestream über
www.dortmund.de

Foto: CDU-Ratsfraktion

**Neue Wirtschaftsflächen braucht die Stadt:
Wohlstand und Arbeit sichern durch einen starken
Wirtschaftsstandort**

» weiterlesen, **s. 3**

**Drogenszene in der Dortmunder City:
Verlegung des Drogenkonsumraums**

» weiterlesen, **s. 5**

**Wann wird die Dortmund-Karte endlich zur
Familien-Karte?**

» weiterlesen, **s. 7**

**Museumsentwicklungsplan: Eine Strategie für
alle Museen**

» weiterlesen, **s. 9**

Denkmalschutz für Althoffblock erfolgreich auf den Weg gebracht

Erfolgreich haben wir uns gemeinsam mit unserer Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt-West dafür eingesetzt, den Althoffblock im Dortmunder Kreuzviertel unter Denkmalschutz zu stellen. Wir haben erreicht, dass der Dortmunder Althoffblock als Denkmalbereich unter Schutz gestellt wird und per Ratsbeschluss die Verwaltung beauftragt, für den Bereich der Gebäudeensembles des Althoffblocks eine Denkmalebereichssatzung im Sinne des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes aufzustellen.

„Der Althoffblock ist aufgrund seiner Bauweise im Stile der Reformarchitektur ein architektonisch wertvolles Zeugnis der Dortmunder Stadtbaugeschichte. Errichtet zu Beginn des 20. Jahrhunderts, spiegelt das Ensemble die Baukultur der späten Gründerzeit wider und ist ein wertvolles Zeugnis dieser Epoche. Seine Fassaden erzählen Geschichten aus einer Zeit, als Dortmund sich in einer Phase rasanten Wachstums und architektonischen Aufschwungs befand. Mit der Aufstellung einer Denkmalebereichssatzung wird das Erscheinungsbild des Althoffblocks inklusive der Freiräume, Freiflä-

chen und Sichtbezüge unter Schutz gestellt. Damit wird sichergestellt, dass zukünftige Generationen die Möglichkeit haben, die Geschichte und die Schönheit dieses besonderen Ortes zu erleben und zu schätzen“, äußert sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Uwe Waßmann zufrieden über die von der CDU-Fraktion vorangetriebene Unterschutzstellung des Althoffblocks.

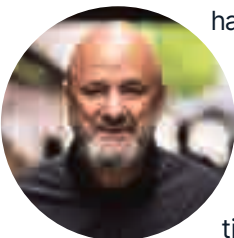


Foto: CDU-Ratsfraktion

DO kann mehr!



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Kommunen sind die Orte, in denen sich die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit am stärksten spiegeln. In den Städten und Gemeinden findet das Leben statt. Hier müssen die großen Zukunftsaufgaben unserer Zeit bewältigt werden. Hier vor Ort wird die Basis für unseren Wohlstand gesichert, hier vor Ort geht es darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren, niemanden zurückzulassen, niemanden allein zu lassen mit seinen Sorgen und Nöten. Hier vor Ort entscheidet sich, wie gut wir beim Klimaschutz vorankommen und wir uns an das sich verändernde Klima anpassen, wie gut wir die Energie- und Wärmewende schaffen und wie wir zu einer modernen, zukunftsfähigen Mobilität gelangen. Hier vor Ort sind aber auch die damit verbundenen Zielkonflikte auszutragen, wie z. B. in der Frage neuer Wirtschaftsflächen, die mit ebenfalls dringend benötigten Flächen für den Wohnungsbau und dem Naturschutz „konkurrieren“.

Zu weiteren Zielkonflikten führt die schwierige Haushaltssituation, in der wir uns befinden. Die guten Jahre sind erst einmal vorbei. Der aktuelle Haushaltsplanentwurf für den städtischen Doppelhaushalt 2025/2026 sieht für das Jahr 2025 ein Haushaltsvolumen von 3,78 Mrd. vor und veranschlagt für das Haushaltsjahr 2026 rd. 3,9 Mrd. Euro. Das Haushaltsjahr 2025 schließt nach dem Haushaltsplanentwurf mit einem Defizit von rund 336 Mio. Euro ab. Für das Haushaltsjahr 2026 wird ein Defizit von 58 Mio. Euro ausgewiesen. In Summe also rund 394 Mio. Euro. Trotz dieses immensen Fehlbedarfs in dreistelliger Millionensumme gilt der städtische Haushalt nach der Gemeindeordnung noch als „ausgeglichen“, da die erwarteten Defizite durch die Inanspruchnahme der in den vergangenen Jahren aus Haushaltsüberschüssen aufgebauten Ausgleichsrücklage gedeckt werden können.

In den zurückliegenden Jahren konnten aufgrund der positiven Haushaltsabschlüsse insgesamt mehr als 500 Mio. Euro in die Ausgleichsrücklage eingestellt werden. Dass die Stadt in die komfortable Lage gekommen ist, diese Ausgleichsrücklage ansparen zu können, daran hat unsere Fraktion maßgeblichen Anteil! Wir waren es, die die Verwaltung und die anderen Fraktionen vor gut 10 Jahren auf den dann

eingeschlagenen Konsolidierungskurs mit strukturellen Einsparungen, ohne die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu belasten, eingeschworen haben. Unter Berücksichtigung des prognostizierten Haushaltsabschlusses im Jahr 2024 stehen in der Ausgleichsrücklage noch rd. 403 Mio. Euro zur Verfügung. Zur Deckung der für die Jahre 2025 und 2026 im Haushaltsplanentwurf ausgewiesenen Fehlbeträge in Höhe von rd. 394 Mio. Euro muss diese nahezu vollständig in Anspruch genommen werden. Der städtische Haushalt bleibt aber genehmigungsfrei, weil er als ausgeglichen gilt.

Anders sieht es wegen der dann nahezu aufgezeigten Ausgleichsrücklage in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2027 aus. Die für 2027 im Haushalt angesetzten Aufwendungen übersteigen die Erträge um 196 Mio. Euro. Da keine ausreichende Ausgleichsrücklage mehr zur Verfügung steht, muss für den Defizitausgleich dann auf die allgemeine Rücklage der Stadt Dortmund zurückgegriffen werden. Vorbei sind damit die Zeiten, in denen der städtische Haushalt der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde der Stadt Dortmund lediglich angezeigt werden musste und im Übrigen aber genehmigungsfrei war.

Angesichts der sich abzeichnenden schwierigen Haushaltssituation wird die Ratspolitik sich zwingend der Frage der richtigen Prioritätensetzung stellen müssen, um die Zukunftsaufgaben, vor denen wir stehen, auch in Zeiten knapper Kassen gut zu bewältigen.

Mit der Ihnen vorliegenden Ausgabe unseres „Klartextes“ möchten wir Ihnen auszugsweise Themen, die Gegenstand unserer Fraktionsarbeit waren und sind, vorstellen und Ihnen unseren Standpunkt zu ausgewählten Themen näher erläutern. Darüber hinaus lade ich Sie ganz herzlich ein, uns in den Sozialen Medien zu folgen, in denen wir fortlaufend zu aktuellen Inhalten unserer Arbeit berichten. Über unsere Social-Media-Kanäle sind Sie immer „nah dran“ am kommunalpolitischen Geschehen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Dr. Jendrik Suck

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Dortmund auf dem Weg zur nachhaltigen Energiezukunft: Kommunale Wärmeplanung wird vorangetrieben



iStock.com/deepblue4you

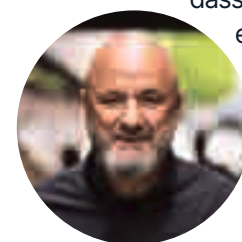
Mit dem Inkrafttreten des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) am 1. Januar 2024 ist die Stadt Dortmund verpflichtet, bis spätestens 30. Juni 2026 einen kommunalen Wärmeplan zu entwickeln. Dieser Schritt ist entscheidend, um eine nachhaltige und effiziente Wärmeversorgung zu gewährleisten, die den Anforderungen des Klimaschutzes und der Energieeffizienz gerecht wird. Der Rat der Stadt Dortmund hat, unter anderem mit den Stimmen der CDU-Fraktion, eine entsprechende Vorlage beschlossen, die die Verwaltung mit der Ausarbeitung des kommunalen Wärmeplans beauftragt.

„Bereits vor Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelungen hat der Rat der Stadt Dortmund mit dem Handlungsprogramm Klima/Luft 2030 wichtige Grundlagen für eine zukunftsorientierte Energie- und Klimapolitik gelegt. Dieses Programm, das im Dezember 2021 beschlossen wurde, enthält konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität und zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Der bisherige Fortschritt zeigt, dass Dortmund auf einem guten Weg ist, die Anforderungen der kommunalen Wärmeplanung rechtzeitig und erfolgreich umzusetzen. Unser Ziel ist es, die Weichen für eine klimafreundliche Zukunft zu stellen

und gleichzeitig sicherzustellen, dass unsere lokale Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger von einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Wärmeversorgung profitieren“, betont **Uwe Waßmann**, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Mit der Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung des kommunalen Wärmeplans, der auf dem Energienutzungsplan basiert und die neuen gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt, bekennt sich der Rat der Stadt Dortmund erneut zu seiner Verantwortung für den Klimaschutz und die Energiewende.

Die CDU-Fraktion sieht diesen Schritt als wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energiezukunft für Dortmund. „Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Stadt ihre Klimaziele erreicht und die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger verbessert wird“, so **Uwe Waßmann** abschließend.



CDU-Fraktion fordert Waffenverbot auf Schulhöfen und Spielplätzen – Antrag findet keine Mehrheit im Ausschuss



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund hat im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (AKJF) einen Antrag eingebracht, der die Einrichtung von Waffenverbotszonen auf städtischen Spielplätzen, Schulhöfen und in Jugendfreizeitstätten vorsieht. Ziel des Antrags war es, die zunehmende Waffengewalt – insbesondere das Mitführen von Messern – in sensiblen Bereichen zu bekämpfen. Diese Orte sollen sichere Räume für Kinder und Jugendliche sein, die vor potenziellen Gefahren durch Waffen geschützt werden müssen.



Schulhöfen, auf Spielplätzen oder in Jugendfreizeitstätten erlaubt sein sollte. Durch die Ausweisung von Waffenverbotszonen und die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für

Hierzu erklärt **Christian Barrenbrügge**, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Für uns gibt es schlicht keine logische Begründung, warum das Mitführen von Waffen auf

anlasslose Polizeikontrollen sollte das Mitführen von Messern und anderen gefährlichen Gegenständen in diesen Bereichen verhindert werden. Leider fand der Antrag der CDU-Fraktion im AKJF keine politische Mehrheit. Es ist schwer nachvollziehbar, warum diese klaren Maßnahmen zur Eindämmung der Waffengewalt nicht unterstützt wurden.“

Die CDU-Fraktion wird das Thema weiterverfolgen und sich weiterhin für die Sicherheit auf Dortmunds Schulhöfen, auf Spielplätzen und in Freizeitstätten einsetzen.

Neuwahl in Scharnhorst: Werner Gollnick übernimmt erneut das Amt des Bezirksbürgermeisters

Wir freuen uns, dass Werner Gollnick erneut zum Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Scharnhorst gewählt wurde. Seine Wahl ist auch eine Anerkennung seiner engagierten Arbeit in seiner ersten Amtszeit von 2020 bis 2023. Im Jahr 2023 erfolgte gemäß der Vereinbarung zwischen den Bezirksfraktionen

von CDU und SPD ein turnusmäßiger Wechsel in der Besetzung des Amtes des Bezirksbürgermeisters und seines Stellvertreters. Nachdem die SPD-Bezirksbürgermeisterin im Sommer 2024 ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen niederlegen musste, haben die Mitglieder der Bezirksvertretung

Scharnhorst Werner Gollnick erneut ihr Vertrauen geschenkt.

Wir wünschen ihm viel Erfolg in der neuen Amtszeit und sind überzeugt, dass er auch weiterhin mit vollem Einsatz für die Belange des Stadtbezirks eintreten wird.



Neue Wirtschaftsflächen braucht die Stadt: Wohlstand und Arbeit sichern durch einen starken Wirtschaftsstandort



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die CDU-Fraktion hält es in der aktuellen Diskussion zur Wirtschaftsflächenentwicklung in Dortmund für unverzichtbar, der Wirtschaft Raum für Entwicklung und Wachstum zu geben. Unser Ziel ist die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dortmund, damit Wohlstand und Arbeitsplätze gesichert bleiben. Mit verschiedenen Ansätzen arbeiten wir an einer Lösung des sich verschärfenden Problems knapper Wirtschaftsflächen: Mithilfe einer ausgewogenen Wirtschaftsflächenstrategie, die Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringt. Mithilfe der Sicherung von Vorkaufsrechten an Brachflächen, die mit Unterstützung des Landes erworben und als nachhaltige Wirtschaftsflächen revitalisiert werden sollen. Mithilfe interkommunaler Zusammenarbeit.

Flächenreserven nahezu erschöpft

„Die Wirtschaftsflächenressourcen unserer Stadt sind so gut wie aufgebraucht. Es führt kein Weg daran vorbei, neue gewerbliche Flächen in unserer Stadt zu erschließen. Wir benötigen ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Wirtschaftsflächenangebot, um die Wirtschaftsentwicklung in unserer Stadt, die Menschen Arbeit gibt, sie in Lohn und Brot bringt und damit Wohlstand sichert, nicht auszubremsten. Es schadet unserer Stadt und den Menschen, die hier leben, arbeiten und wirtschaften wollen, wenn wir Flächenanfragen von Dortmunder Unternehmen, die sich hier am Standort weiterentwickeln wollen, nicht mehr bedienen können. Wir vergeben Chancen, wenn wir auswärtigen Unternehmen, die sich gerne in Dortmund niederlassen möchten, kein geeignetes Flächenangebot unterbreiten können“, beschreibt **Udo Reppin**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, die Ausgangssituation und macht deutlich: „Viel Potenzial für Wirtschaftsflächen ist nicht mehr vorhanden. Zumal sich die Flächenproblematik auf einen Zielkonflikt zuspitzt: Wir brauchen Wohnraum,

wir brauchen Wirtschaftsflächen, wir brauchen Natur-, Freizeit- und Erholungsräume. Diesen Zielkonflikt muss die Politik zu einem fairen Ausgleich bringen, denn Flächen sind nicht unbegrenzt verfügbar.“

Dortmund braucht eine Wirtschaftsflächenstrategie

Dortmund braucht deshalb eine ausgewogene Wirtschaftsflächenstrategie, die sowohl Unternehmen im Bestand als auch Neuansiedlungen die Chance eröffnet, sich an unserem Standort zu entwickeln. „Richtschnur der Wirtschaftsflächenstrategie muss es nach Vorstellung der CDU-Fraktion sein, kostbaren Freiraum möglichst zu schonen und erst dann in Anspruch zu nehmen, wenn die anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Vorrangig sind für uns die Verdichtung vorhandener Gewerbegebiete und die Reaktivierung von Gewerbe- und Industriebrachen sowie die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete in der Region. Wichtig ist uns aber, dass keine weiteren Flächen für die Logistikwirtschaft zur Verfügung gestellt werden“, erläutert der planungs- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Uwe Waßmann**.

Freiraum möglichst schonen

Um den Freiraum möglichst zu schützen, muss das Augenmerk vorrangig der Erschließung von Brachflächen gelten. So werden wir weiterhin darauf drängen, dass bei der künftigen Entwicklung des ca. 52 Hektar großen Brachgeländes der ehemaligen Hoesch Spundwand und Profil GmbH (HSP-Fläche) zu einem neuen urbanen Quartier mit einer vielfältigen Nutzungsmischung, ein angemessener Teil des Areals auch für Gewerbeansiedlungen reserviert wird. Die brachliegende HSP-Fläche ist eins der letzten Entwicklungsgebiete unserer Stadt.

Udo Reppin richtet den Blick auf eine weitere Brachfläche: „Ein enormes Potenzial, durch die

Reaktivierung von Brachflächen neue Gewerbe- und Industrieflächen zu schaffen, sehen wir außerdem in der ca. 49 ha großen Fläche der ehemaligen ‚Großkokerei Kaiserstuhl‘ auf dem Westfalenhüttenareal. Wir haben eine Ratsmehrheit für unsere Idee gewinnen können, dass sich die Stadt Dortmund für den Fall eines Grundstücksverkaufs durch die derzeitigen Eigentümer die Entwicklung und Reaktivierung dieser potenziellen Gewerbe- und Industriefläche durch ein besonderes Vorkaufsrecht im Sinne des Baugesetzbuches sichert. Eine entsprechende Vorkaufsrechtssatzung hat der Rat in seiner Sitzung am 26. September 2024 auf unsere Initiative erlassen.“ Zugleich hat der Rat die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das „Gewerbe- und Industriegebiet Kaiserstuhl“ beschlossen, mit dem Ziel, in dem Plangebiet, eine branchenunabhängige, breit aufgestellte und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. „Anders als ursprünglich einmal vorgesehen, soll an dem Standort nun keine Logistik mehr entstehen“, erläutert **Reppin**.

Kommunen brauchen Unterstützung

Uwe Waßmann fordert bei der Reaktivierung von Brachflächen die Unterstützung des Landes ein: „Wir wollen, dass das Land unsere Region, die Metropole Ruhr, bei der Revitalisierung von Brachflächen in ähnlicher Weise unterstützt wie das Rheinische Revier. Deshalb haben wir eine Ratsmehrheit für unsere Idee mobilisiert, das Thema ‚Nachhaltige Wirtschaftsflächen für die Metropolregion Ruhr‘ bei der Ruhr-Konferenz als Projektvorschlag zu platzieren.“

Für Kommunen im Rheinischen Revier hat die nordrhein-westfälische Landesregierung das Förderprogramm „REVIEW.GESTALTEN – Förderangebot Nachhaltige Wirtschaftsflächen“ aufgelegt, um ihnen bei der Bewältigung des durch den Kohleausstieg bedingten Strukturwandels zu helfen und sie bei der Entwicklung neuer, nachhaltiger Gewerbegebiete zu unterstützen.

„Wir sind der Ansicht, dass dies in ganz ähnlicher Weise auch ein Thema für die von der damaligen CDU-geführten Landesregierung im Jahr 2018 ins Leben gerufenen Ruhr-Konferenz ist, deren Ziel es seither ist, auf zentralen Handlungsfeldern neue Impulse für die Weiterentwicklung der Metropole Ruhr zu setzen. Ein zentrales Anliegen der Ruhr-Konferenz ist das Handlungsfeld ‚Erfolgreiche Wirtschaft – gute Arbeit‘, um im Ruhrgebiet nach all den Verwerfungen durch den Strukturwandel gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und Flächen für die Ansiedlung von Unternehmen und damit für Arbeit zu sichern“, erklärt **Waßmann** und begründet die CDU-Idee: „Nicht nur in unserer Stadt sind die verfügbaren Wirtschaftsflächenressourcen so gut wie aufgebraucht. Neue Flächenpotenziale müssen überall in der Region erschlossen werden. Damit die Erschließung

von Brachflächen in die gewünschte Richtung gelenkt werden kann, wird es immer wieder Fälle geben, in denen es aus stadtentwicklungspolitischer Sicht sinnvoll und geboten ist, Flächen in ‚kommunale Hand‘ zu bringen. Dabei brauchen die Kommunen finanzielle Unterstützung durch das Land. Hier soll das von uns geforderte Förderprogramm des Landes ansetzen und dabei helfen, alte, brachliegende Wirtschaftsflächen neu und nachhaltig zu entwickeln.“

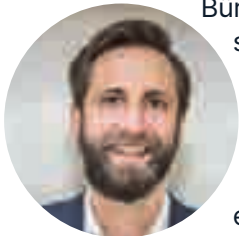
Interkommunale Wirtschaftsflächen

„Ein weiterer Weg, neue gewerbliche Flächen im nahen Umfeld von Dortmund zu erschließen, liegt für uns auch in der interkommunalen Zusammenarbeit. Das bedeutendste Projekt dieser Art ist der newPark in Datteln“, unterstreicht **Udo Reppin** die Bedeutung dieser regionalen, stadtübergreifenden Kooperation, die deutschlandweit ihresgleichen sucht. 23 Kommunen und zwei Kreise beteiligen sich an der Planung, Finanzierung und Realisierung des Industrie- und Gewerbeareals im Norden der Metropole Ruhr, das zum international wettbewerbsfähigen Modellstandort für grüne Innovationen, für GreenTech und Industrie 4.0 werden soll. „Ohne die Beteiligung Dortmunds an der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Industrieflächenentwicklung im Rahmen von newPark, wären wir nicht mehr in der Lage, Flächen für industrielle Großansiedlungen zur Verfügung zu stellen. Über das interkommunale Projekt ‚newPark‘ wird es uns wieder möglich sein, ein dementsprechendes Flächenangebot im Einzugsbereich unserer Stadt anbieten zu können. Bis zu 9.000 Arbeitsplätze könnten durch newPark in der Region entstehen“, erläutert Reppin den Nutzen der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsstandortentwicklung.

Die Stadt Dortmund hat zuletzt per Ratsbeschluss ihre Beteiligung an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH auf 36,2 % erhöht und damit ihre Position innerhalb der Gesellschaft gestärkt, an der neben Dortmund die Städte Datteln und Olfen, der Kreis Recklinghausen und die dem Land gehörende Entwicklungsgesellschaft NRW.URBAN beteiligt sind. Auch finanziell wird die Stadt Dortmund von der interkommunalen Zusammenarbeit profitieren: Ergänzend zum Gesellschaftsvertrag wird im interkommunalen Vertrag ein Vorteilsausgleich vereinbart, der die Beteiligung der kommunalen Gesellschafter an den der Stadt Datteln von den Unternehmen, die sich im newPark angesiedelt haben, zufließenden Mehreinnahmen aus der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer für die Dauer von max. 25 Jahren vorsieht. Nach Abschluss der Planungsphase beginnt nun die Erschließungsphase des newPark, der mit 156 ha vermarktbarer Fläche das größte Industrie- und Gewerbeareal im Ruhrgebiet und Westfalen ist (Gesamtfläche: 290 ha).

„Einer für Alle“: Turbo für digitale Verwaltungsangebote

„Unser Ziel ist es, Behördengänge so weit wie möglich zu digitalisieren und dadurch den Zugang zu Verwaltungsleistungen für



Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weiter zu verbessern“, beschreibt der digitalpolitische Sprecher **Matthias Nienhoff** ein Kernanliegen der CDU-Fraktion im Hinblick

auf die Digitalisierung der Dortmunder Stadtverwaltung. „Das Rad muss dabei aber nicht immer wieder neu erfunden werden. Die Anforderungen und Erwartungen an digitale Verwaltungsangebote ähneln sich landauf, landab. Um die Bereitstellung von digitalen Verwaltungsdienstleistungen zu beschleunigen sowie kostengünstig und ressourcensparend voranzutreiben, haben wir deshalb gemeinsam mit anderen Fraktionen durchgesetzt, dass in der Dortmunder Verwaltung grundsätzlich von der Möglichkeit der Nachnutzung von Onlinediensten Gebrauch gemacht wird, die von anderen nach dem Modell ‚Einer für Alle‘ (EfA) entwickelt wurden“, erklärt **Nienhoff**.

„EfA“ bedeutet, dass ein Bundesland oder eine Allianz aus mehreren Ländern eine Leistung zentral entwickelt und betreibt – und diese anschließend anderen Ländern und Kommunen zur Verfügung stellt, die den Dienst dann mitnutzen können. Abweichungen von

dem Prinzip (Eigenentwicklung/Beschaffung) soll es künftig nur noch in begründeten Einzelfällen geben, die dem Ratsausschuss für Digitalisierung zur Beschlussfassung vorzulegen sind. „Wir versprechen uns von dem EfA-Prinzip einen spürbaren Schub für die Digitalisierung der Verwaltungsangebote für Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft“, ist **Nienhoff** überzeugt.



Bildquelle: iStock.com/ipopba

Digitalisierung: Projektpartnerschaft von CDU und Grünen fordert ePaymentlösungen für mehr Zahlungskomfort

Behördengänge sind für die meisten eine lästige Notwendigkeit. Wir möchten Behördengänge erleichtern und für alle Beteiligten effizienter und ökonomischer gestalten. „Unser Ziel ist es, dass sich immer mehr Behördengänge von zu Hause oder von unterwegs mit Smartphone oder Tablet erledigen lassen. In dieser Hinsicht haben wir als CDU schon einiges angestoßen, wie zum Beispiel die Einführung virtueller Bürgerbüros

bei der Dortmunder Stadtverwaltung“, erklärt **Lars Vogeler**, CDU-Sprecher im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung. „Die digitale Erledigung von kostenpflichtigen ‚Verwaltungsgeschäften‘ verlangt allerdings – wie wir es von anderen ‚Online-Geschäften‘ kennen – auch nach der Möglichkeit elektronischer Bezahlverfahren. Was im E-Commerce längst Standard ist, sollte doch auch auf das



E-Government übertragbar sein“, wünscht sich **Vogeler** mehr Auswahlmöglichkeiten bei der Dortmunder Stadtverwaltung.

Im Rahmen unserer Projektpartnerschaft mit B'90/ Die Grünen haben wir die Verwaltung deshalb beauftragt, für den Bereich der Bürgerdienste die Einführung weiterer ePayment-Lösungen zu prüfen. Wir versprechen uns davon eine Vereinfachung von Verwaltungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger, mehr Verwaltungseffizienz und eine Entlastung für die Verwaltung. „Ein breiteres Angebot digitaler Zahlungsmethoden wird helfen, die Servicequalität zu verbessern und den Bürgerinnen und Bürgern eine größere Flexibilität und mehr Komfort bei der Erledigung ihrer Angelegenheiten zu bieten“, wirbt **Vogeler** für mehr Auswahl in Bezug auf sichere, elektronische Bezahlverfahren, wie sie im Online-Handel längst gang und gäbe sind, auch bei der Stadtverwaltung Dortmund.

DEW21: Überteuerte Energiebeschaffungspraxis und StadtEnergie-Komplex zum Thema im Rat gemacht. Aufklärung und Aufarbeitung eingefordert. Konsequenzen ziehen.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Unsere Fraktion hat von Anfang an klargestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger Dortmunds einen Anspruch darauf haben, dass sowohl der staatsanwaltschaftlich verfolgte Abrechnungsskandal bei der StadtEnergie GmbH als auch die fragwürdigen Energiebeschaffungsprozesse bei DEW21, durch die dem Unternehmen in möglicherweise

vorwerfbarer Weise ein Schaden in dreistelliger Millionenhöhe entstanden ist, vollständig untersucht und aufgearbeitet werden sowie Schlussfolgerungen gezogen werden, bis hin zu der Frage von Verantwortlichkeiten.

„Wie von uns im Sommer angekündigt, haben wir die Vorgänge bei DEW21 und der

StadtEnergie GmbH auf die Tagesordnung des Rates gebracht und dafür gesorgt, dass die im Raum stehenden Vorgänge und Vorwürfe transparent aufgeklärt und politisch aufgearbeitet werden. Die Politik erhält regelmäßige Sachstandsberichte und wird so über den Stand der Aufklärungsarbeit auf dem Laufenden gehalten. Dem Rat wird ein Abschlussbericht vorgelegt“, erklärt **Sascha Mader** in seiner Funktion als beteiligungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Der CDU-Fraktion sei es dabei auch wichtig, herauszuarbeiten, wann und inwieweit dem Oberbürgermeister, dem als Vorsitzender des Aufsichtsrates im DEW-Gefüge eine herausragende Stellung und Verantwortung zukommt, Informationen vorlagen, macht



Mader deutlich: „Der Oberbürgermeister hat unserem Anliegen entsprochen, sich vor dem Rat zu der Frage zu erklären, seit wann und inwieweit er als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21) in den Prozess der Energiebeschaffung und die

diesbezüglichen Entscheidungen auf Seiten der DEW21 eingebunden war, als es infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine um die Frage der Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit für unsere Stadt und die Kundinnen und Kunden von DEW21 und StadtEnergie GmbH ging.“ Unter Berufung auf den mit der Prüfung der Vorgänge beauftragten Rechtsanwalt habe der Oberbürgermeister vor dem Rat erklärt, dass der Aufsichtsrat nicht wissen konnte, dass im zweiten Halbjahr 2022 bei der Energiebeschaffung das genehmigte Risikokapital für Marktpreisrisiken teilweise um ein Mehrfaches überschritten wurde. Der Aufsichtsrat ebenso wie die Gesamtgeschäftsführung der DEW 21 seien nicht darüber informiert worden, dass im Verlaufe des Jahres 2022 die Beschaffungsstrategie des Unternehmens grundlegend verlassen wurde und die bis dahin geltenden und dem Aufsichtsrat bekannten Risikorichtlinien und damit die Leitplanken für spekulative Geschäfte intern außer Kraft gesetzt wurden. Eine Berichterstattung darüber an den Aufsichtsrat habe es nicht gegeben.

Dortmund sichert sich Vorkaufsrecht für ehemaliges HSP-Gelände – CDU-Fraktion unterstützt weitere Entwicklung des Areals

Für das ca. 52 Hektar große Brachgelände der ehemaligen Hoesch Spundwand und Profil GmbH (HSP) ist die Entwicklung eines neuen, gemischten Stadtquartiers geplant, bekannt unter dem Namen SMART RHINO. Die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplans wurde vom Rat der Stadt Dortmund in seiner Sitzung am 23. März 2023 beschlossen. Ein zentraler Bestandteil dieser Planung war die Ansiedlung der Fachhochschule (FH) Dortmund auf dem Gelände.

Im Juli 2023 wurde die Entscheidung des Landes NRW bekannt gegeben, von der Idee abzuse-

hen, alle FH-Standorte auf dem SMART RHINO-Gelände zu bündeln. Dies führte dazu, dass das SMART RHINO-Projekt in seiner ursprünglichen Planung nicht realisiert werden kann.

Hierzu erklärt **Uwe Waßmann**, planungs-politischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Trotz dieser Änderung bleibt das ehemalige HSP-Gelände eine der größten zu entwickelnden Brachflächen in Dortmund und somit ein zentrales Zukunftsprojekt der Stadtplanung. Das städtebauliche Ziel ist weiterhin die Entwicklung eines neuen urbanen Quartiers mit einer vielfältigen Nutzungsmischung.“

Um die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen zu sichern, hat der Rat der Stadt Dortmund eine besondere Vorkaufsrechtsatzung für das ehemalige HSP-Gelände beschlossen. Mit diesem Beschluss behält sich die Stadt das Recht vor, eine entsprechende geordnete Entwicklung sicherzustellen, falls das Grundstück von der aktuellen Eigentümerin verkauft wird.

Die rechtliche Grundlage für das Vorkaufsrecht liegt im Baugesetzbuch (BauGB), das Kommunen erlaubt, auf bedeutenden

Entwicklungsflächen wie dem HSP-Areal eine geordnete Stadtplanung sicherzustellen. „Dieses Vorgehen sichert der Stadt Dortmund Einfluss auf die künftige Entwicklung der ehemaligen HSP-Fläche. Als CDU-Fraktion stehen wir weiterhin hinter diesem für



unsere Stadt so wichtigen Entwicklungsprojekt und hoffen, dass es bald vorwärts geht“, so **Waßmann** abschließend.

Drogenszene in der Dortmunder City: CDU sieht Lösung in Verlegung des Drogenkonsumraums an die Treibstraße



Foto: iStock.com/Adventure_Photo

Die CDU-Fraktion hat immer wieder deutlich gemacht, dass der Schlüssel zur Lösung der Drogenproblematik in der Dortmunder City in einem neuen Standort für den Drogenkonsumraum, der außerhalb des Kernbereichs der City liegt, zu suchen ist. Der aktuelle Standort am Grafenhof ist zu einer untragbaren Belastung für das gesamte Cityumfeld geworden. Die CDU-Fraktion hatte deshalb vor über einem Jahr die Prüfung eines Ersatzstandortes angestoßen und spricht sich nun für die Verlegung des Drogenkonsumraums auf eine in Bahnhofsnähe südlich der Treibstraße gelegene, gut von der Umgebung abgeschirmte Freifläche aus. Damit sich die Drogenszene nicht wieder auf einen Standort konzentriert, spricht sich die CDU-Fraktion ergänzend dazu für zwei neue, dezentral gelegene niedrigschwellige Drogenkonsumorte aus, für die sich als Standorte der ehemalige „Rheinische Hof“ an der Rheinischen Straße sowie eine der Stadt gehörende Freifläche an der Bornstraße 202 anbieten würden.

Ablehnung der „Küpfersstraße“

Eine klare Absage erteilt die CDU-Fraktion dem Vorschlag, den Drogenkonsumraum vom Grafenhof in die Küpfersstraße zu verlegen. Die CDU-Fraktion hält diesen vom Oberbürgermeister und der Verwaltung favorisierten und bei den Fraktionen von SPD und Grünen für denkbar erachteten Standort insbesondere angesichts seiner unmittelbaren Nähe zu drei Schulen und dem ÖPNV-Knotenpunkt Stadthaus für absolut ungeeignet. Die CDU sieht vielmehr die ernsthafte Gefahr, dass sich die Drogenszene in der Dortmunder City noch weiter

in Richtung östlicher Innenstadt ausbreiten wird, wenn es tatsächlich zum Aufbau eines neuen Standortes für den Drogenkonsumraum an der Küpfersstraße kommt. Die Verlagerung des Drogenkonsumraums von einem Ende der City zum anderen wird das Problem der offenen Drogenszene entlang der Achse Hauptbahnhof, Westenhellweg und Stadtgarten keineswegs lösen, sondern weiter verschärfen.

„Eine offene Drogenszene darf in unserer Stadt keinen Platz haben. Schlüssel zur Lösung des Problems ist die Verlegung des heutigen Standortes des Drogenkonsums. Der Drogenkonsumraum muss raus aus dem Herzen der Stadt, muss weg von der Thier-Galerie und dem Westenhellweg, muss weg von den Aufenthaltsorten und Plätzen in unserer City. Dies war und ist unsere Kernforderung, die eigentlich auch Beschlusslage des Rates ist“, erinnert der Vorsitzende der CDU-Fraktion **Dr. Jendrik Suck** an den noch nicht umgesetzten Ratsbeschluss zur Verlegung des Drogenkonsumraumes.



„Alles andere löst das Problem nicht. Der wohl von SPD und Grünen unterstützte Verwaltungsvorschlag, den Drogenkonsumraum vom Grafenhof an die Küpfersstraße zu verlegen, wird nicht nur dazu führen, dass sich die Drogenszene weiter in unserer City ausbreitet. Ein Drogenkonsumraum in der Küpfersstraße bringt zudem eine ganze Reihe neuer Probleme mit sich, die diesen Standort für uns absolut

ausschließen“, macht der sicherheitspolitische Sprecher **Uwe Wallrabe** deutlich und begründet die Ablehnung der „Küpfersstraße“ seitens der CDU-Fraktion: „In unmittelbarer Nähe zur Küpfersstraße liegen das Stadtgymnasium, das Käthe-Kollwitz-Gymnasium und das Mallinckrodt-Gymnasium. Unweigerlich werden sich die Wege von Schülerinnen und Schülern und Suchtkranken treffen. Belästigungen von Gewerbetreibenden und Anwohnern werden an dieser Stelle ihre Fortsetzung finden. Wir wollen keine neuen Angsträume rund um den ÖPNV-Knoten Stadthaus. Nicht zu vergessen, dass sich auf der anderen Seite von der S- und Stadtbahnhaltestelle das Wilhelm-Hansmann-Haus und das Südbad befinden und es von dort dann übergeht in das Stadewäldchen.“

CDU sieht Areal an der Treibstraße als idealen Standort

Dabei, so der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Uwe Waßmann**, existiere auf der Treibstraße unweit des Dortmunder Hauptbahnhofs eine gut erreichbare Freifläche, auf der sich mit mobilen Raumcontainern ein neuer Drogenkonsumraum erfolgreich realisieren ließe: „Durch den Einsatz flexibler Raumsysteme ließen sich dort die besonderen räumlichen Anforderungen an einen Drogenkonsumraum, der auch den Bedürfnissen der steigenden Zahl der Crack-Süchtigen Rechnung trägt, gut erfüllen. Die von uns ins Spiel gebrachte Freifläche an der Treibstraße ist innenstadtnah, aber außerhalb des Kernbereichs der City. Sie ist gut abgeschirmt von der Umgebung und durch die Treibstraße auch räumlich abgegrenzt vom nördlich gelegenen Hafenquartier. Wenn dieser Standort noch flankiert würde durch zwei zusätzliche, dezentral gelegene niedrigschwellige Drogenkonsumorte, insbesondere für Crack-Konsumenten, bekämen wir das Drogenproblem in der Dortmunder City in den Griff und die City-Händler im unmittelbaren Umfeld des heutigen Drogenkonsumraums könnten aufatmen“, ist **Uwe Waßmann** überzeugt und führt aus: „Diese Satelliten des Drogenkonsumraumes könnten wir uns an der Rheinischen Straße und an der Bornstraße vorstellen.“

Auf dem von der CDU-Fraktion favorisierten Areal an der Treibstraße soll nach Verwaltungsvorschlägen ein Aufenthaltsangebot für Obdachlose geschaffen werden. Dafür stehen 300 m² zur Verfügung. Die CDU-Fraktion wird sich in der weiteren Debatte zur Verlegung des Drogenkonsumraums dafür einsetzen, dass die Verwaltung in ernsthaften und zielgerichteten

Verhandlungen mit den Besitzern der Fläche prüft, ob sich stattdessen auf dem rund 6.000 m² großen Areal auf der Rückseite des Dortmunder Hauptbahnhofs der Drogenkonsumraum realisieren lässt.

Drogenszene in die Drogenhilfeeinrichtungen lenken

Eine entscheidende Rolle, die über Erfolg und Misserfolg der von der CDU-Fraktion ins Auge gefassten neuen Drogenkonsumorte entscheide, weist **Thomas Bahr**, der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, der aufsuchenden Straßensozialarbeit zu: „Streetworker müssen gemeinsam mit Polizei und dem kommunalen Ordnungsdienst dafür sorgen, dass die Drogenszene von der Straße in die Hilfeeinrichtungen gelenkt wird.“ Gut vorstellbar sind für uns gemeinsame Teams aus Straßensozialarbeit und kommunalen Ordnungsdienst, die weniger repressiv als vielmehr lenkend und helfend auf die Drogenkranken einwirken. Wir hatten die Verwaltung schon vor einem Jahr um die Prüfung gebeten, welchen Personalaufwand dies auslöst, um suchtkranken Menschen möglichst helfend, beratend und unterstützend zu begegnen.“

Lehren aus dem „Grafenhof“ ziehen

Für mögliche neue Drogenkonsumorte müssen nach Ansicht der CDU-Fraktion aber auch Lehren gezogen werden aus den beklagten Zuständen am gegenwärtigen Drogenkonsumraum. So müsse es sorgfältig erarbeitete Konzepte für das Umfeldmanagement, für Beratungs- und Betreuungsangebote sowie für Sicherheit und Bewachung geben. Die CDU-Fraktion spricht sich außerdem für ein Ende der versuchsweisen Aussetzung der Wohnsitzauflage für die Nutzung des Drogenkonsumraums aus. Der Versuch ist fehlgeschlagen.

Drogenszene mit Null-Toleranz-Strategie begegnen

Abschließend hält **Dr. Jendrik Suck** fest: „Die City wird wahrscheinlich leider auch nach der von uns angestrebten Schließung des aktuellen Drogenkonsumraums am Grafenhof weiterhin ein Anziehungspunkt für die Drogenszene bleiben. Deshalb werden wir auch in Zukunft von Polizei und Verwaltung einfordern, dass der offene Drogenhandel und Drogenkonsum sowie die von der Drogenszene ausgehenden Belästigungen der Allgemeinheit und die begleitenden Straftaten mit einer Null-Toleranz-Strategie bekämpft werden. Der Kontrolldruck muss unter Ausschöpfung aller Mittel hochgehalten werden.“

Das Phoenix-Gymnasium wird erweitert: CDU-Fraktion unterstützt Maßnahme

Der Rat der Stadt Dortmund hat beschlossen, das Phoenix-Gymnasium baulich zu erweitern und das bestehende Gebäude anzupassen. Für die Erweiterung wird die Fläche des ehemaligen Autohandels an der Fußstraße genutzt. Diese Fläche war ursprünglich für den Stadteingang Hörde vorgesehen.

Hierzu **Dr. Eva-Maria Goll**, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: „Die bauliche Erweiterung des Phoenix-Gymnasiums ist notwendig geworden, da der Rat der Stadt Dortmund bereits 2019 auf Basis der Schulentwicklungsplanung 2018-2023 und der hohen Anmeldezahlen an der Schule die Erhöhung der Zügigkeit von vier auf fünf Klassen beschlossen hat. Zusätzlich wird mehr Raum nötig durch die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9).

Bereits zu Beginn der Schuljahre 2019/2020 und 2020/2021 wurden mobile Raumeinheiten aufgestellt, um den dringenden Bedarf an zusätzlichen Klassenräumen zu decken. Damals hieß es allerdings, dass das vorhandene Grundstück nicht ausreichend Platz für eine dauerhafte bauliche Erweiterung bietet. Das Problem ist durch die Hinzunahme des ursprünglich anders beplanten Geländes jetzt gelöst.“

Angesichts der prominenten Lage dieser Fläche legt die CDU-Fraktion großen Wert auf eine hochwertige architektonische und städtebauliche Lösung. Die CDU-Fraktion hat der Vorlage daher gerne zugestimmt und betont die Bedeutung einer ansprechenden Gestaltung des neuen Gebäudekomplexes.

„Mit dieser Entscheidung wird nicht nur ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur in Dortmund gemacht, es werden die beiden Ziele Schulraumerweiterung und Gestaltung eines schönen Stadteingangs miteinander verbunden“, so **Dr. Goll** weiter. Die CDU-Fraktion freut sich auf die zukünftige Entwicklung.

CDU-Fraktion kritisiert neue Regelung der Elternbeiträge als ungerecht



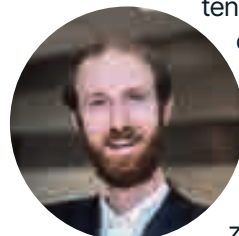
Foto: iStock.com/CalypsoArt

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion hat der Rat der Stadt Dortmund eine Neufassung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und außerunterrichtliche Betreuungsangebote beschlossen. Anlass für diesen Beschluss war ein Haushaltsantrag der SPD-Fraktion, der vorsieht, dass Familien mit einem Haushaltseinkommen von bis zu 42.000 Euro von der Beitragspflicht befreit werden (bisher lag die Grenze bei 36.000 Euro).

Dr. Jendrik Suck, CDU-Fraktionsvorsitzender erläutert hierzu: „Um diese Befreiung der unteren Einkommensgruppen zu finanzieren, steigen nun die Beiträge für andere Einkommensgruppen ab 42.000 Euro Jahreseinkommen. Nach Ansicht der CDU-Fraktion greift diese Umverteilung zu weit und konterkariert die Grundzüge des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Zwar sieht das KiBiz eine soziale Staffelung vor, jedoch verwässert der neue Beschluss diesen gesetzlichen

Grundsatz, indem die Grenze der Beitragsbefreiung immer weiter verschoben wird und die Erhöhung zu einem Großteil die Mitte der Gesellschaft trifft.“

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass es gerechtere Entlastungswege gibt. So können beispielsweise auf Antrag Beiträge ganz oder teilweise erlassen werden; es gibt die Geschwisterkindregelung und die letzten beiden Kita-Jahre sind ohnehin beitragsfrei.



„Durch den Ratsbeschluss werden viele Familien künftig höhere Beiträge zahlen müssen, was wir als unfair empfinden. Es kann nicht sein, dass hier SPD und Grüne die hart arbeitende Mitte unserer Gesellschaft belasten“, so **Dr. Suck** weiter. Bestätigt sehen sich die Christdemokraten durch zahlreiche Zuschriften von betroffenen Eltern.



Christian Barrenbrügge, familienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion erläutert die neuen Beiträge beispielhaft: „Mit einem jährlichen Haushaltseinkommen zwischen 90.000 und 100.000

Euro muss man nun monatlich 393 Euro zahlen. Bei einem Jahreseinkommen von über 125.000 Euro steigt der monatliche Beitrag auf 584,72 Euro, was eine Erhöhung von über 18% entspricht bzw. um 91,27 Euro bedeutet. Spitzenverdiener, mit einem Haushaltseinkommen von mehr als 150.000 Euro Jahresgehalt, sehen sich sogar mit einem monatlichen Anstieg des Kita-Beitrags von 555 auf 725 Euro konfrontiert (+30%). Für Kinder unter drei Jahren liegt der neue Satz sogar bei 826 Euro pro Monat.“

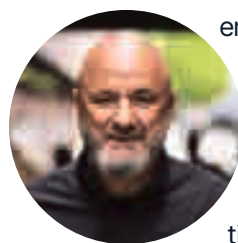
Damit werden nach der Auffassung gerade auch die Familien zusätzlich belastet, die ohnehin schon viel schultern: „Ein Haushaltseinkommen von 90.000 Euro stellt keineswegs Spitzenverdiener dar, sondern ist repräsentativ für die Mitte der Gesellschaft. Wir reden hier zum Beispiel über Facharbeiterfamilien mit zwei Verdienern. Gerade diese Familien sichern unseren Wohlstand und tragen entscheidend zur Stabilität unserer Gesellschaft bei. Diese hart arbeitende Mitte der Gesellschaft weiter zu belasten ist aus unserer Sicht keine Lösung, sondern sozial ungerecht“, so **Dr. Jendrik Suck** abschließend.

Die CDU-Fraktion wird das Thema weiterhin aktiv verfolgen und auch zukünftig zusätzliche finanzielle Beitragsbelastungen für die Mitte der Gesellschaft ablehnen und sich für eine faire Lösung einsetzen, die die finanziellen Belastungen der Familien in Dortmund nicht weiter erhöht.

Wir haben Nein gesagt: Soziale Erhaltungssatzungen sind Gift für Investitionen

Wir wollen attraktiven Wohnraum für alle in allen Lagen unserer Stadt. Wir wollen nicht diejenigen ausbremsen und mit bürokratischen Genehmigungsverfahren gängeln, die bereit sind, Geld in die Hand zu nehmen und in lebenswerte Quartiere und zeitgemäß ausgestattete Wohnungen zu investieren. Deshalb haben wir uns im Rat als einzige Fraktion entschieden gegen die von der Verwaltung gewollte Prüfung ausgesprochen, ob es in Dortmund Gebiete gibt, in denen die Voraussetzungen für den Erlass von „Sozialen Erhaltungssatzungen“ erfüllt sind.

Nach § 172 BauGB kann eine soziale Erhaltungssatzung dann erlassen werden, wenn wegen der baulichen Aufwertung eines Gebietes die Gefahr der Verdrängung von einkommensschwächeren Bewohnern und damit einer Strukturveränderung der derzeitigen Wohnbevölkerung besteht. „Anhaltspunkte für eine solche Gentrifizierung, d. h. für eine Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung durch ‚Luxusmodernisierungen‘ sind für uns in Dortmund nicht erkennbar“,



erklärt der wohnungspolitische Sprecher **Uwe Waßmann** die Haltung der CDU-Fraktion und betont: „Gerade in einer Zeit, in der Investitionen zur Schaffung attraktiven Wohnraums wegen hoher Baukosten und steigender Bauzinsen ins Stocken geraten sind, bedeutet der Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen ein zusätzliches Investitionshemmnis: Im Geltungsbereich einer sozialen Erhaltungssatzung unterliegt grundsätzlich erst einmal jede einzelne aufwertende Maßnahme einem Genehmigungsvorbehalt, egal, ob es sich um vermieteten, leerstehenden oder selbst genutzten Wohnraum handelt. Notwendige Modernisierungen dürfen nach unserer Auffassung nicht durch das baurechtliche Instrument der Erhaltungssatzung ausgebremst werden. Wir haben Vertrauen in die Eigentümerinnen und Eigentümer, dass sie dabei sozial verantwortlich vorgehen.“



Foto: iStock.com/Razvan Dimitriu

Wir haken nach: Wann wird die Dortmund-Karte auch zur Familienkarte?

Warum sperrt sich Verwaltung gegen Vorteile und Vergünstigungen für Familien?



Bildquelle: iStock.com/Halfpoint

Wir wollen Vorteile und Vergünstigungen für Familien, um das Familienbudget zu entlasten und ihnen mehr Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Immer mehr Familien haben immer weniger Geld zur Verfügung. Die stetig steigenden Lebenshaltungskosten, wie z. B. Miete, Strom, Lebensmittel, tragen dazu bei, dass immer mehr Familien den Bedarfen und Wünschen von Kindern an gesellschaftlichen, sportlichen, musischen oder kulturellen Aktivitäten aus finanziellen Gründen oftmals nicht entsprechen können. Die Konzentration allein auf einkommensschwache Familien ist uns zu eng. Deshalb setzen wir uns in unserer Ratsarbeit

schon länger dafür ein, in Dortmund nach dem Beispiel anderer Städte eine sog. Familienkarte mit vielfältigen Vergünstigungen für Familien einzuführen. Wir wollen damit auch das Familienbudget des Dortmunder Mittelstandes entlasten. Allerdings verfestigt sich bei uns der Eindruck, dass die Verwaltung sich mit der Einführung einer Familienkarte bzw. einer entsprechend weiterentwickelten Dortmund-Karte, die auch mittelständische Familien einbezieht, sehr schwertut und gegen den erklärten politischen Willen nicht umsetzt. Damit geben wir uns nicht zufrieden. Wir wollen wissen, wo es hakt. Wir finden es sehr bedauerlich, dass sich die Verwal-

tung seit Dezember 2021 nicht imstande sah, eine solche Karte, die es bereits in anderen Kommunen (u.a. in Düsseldorf) gibt, auch in Dortmund auf den Weg zu bringen. Familienfreundliche Stadt geht anders!

„Auf unsere Initiative ist die Verwaltung bereits Ende 2021 mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Einführung einer Familienkarte für Familien und Alleinerziehende in Dortmund beauftragt worden. Diesen Beschluss hat die Verwaltung bis heute nicht umgesetzt. Ganz im Gegenteil wollte die Verwaltung im Juni 2022 einen politischen Beschluss erwirken, auf die Erarbeitung eines Konzepts zur Einführung einer Dortmunder Familienkarte zu verzichten“,

beklagt der familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Christian Barrenbrügge** den fehlenden Umsetzungswillen auf Seiten der Verwaltung.

Wie schwer sich die Verwaltung mit familienunterstützenden Vergünstigungen unabhängig von einem geringen Einkommen tut, zeigt sich für den sozialpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion

Thomas Bahr auch am Verwaltungsumgang mit einem jüngeren Beschluss des Sozialausschusses zum CDU-Anliegen einer „Familien-Karte“: „Ende 2023 haben wir im gemeinsamen Vorgehen mit Bündnis 90/Die Grünen

durchsetzen können, dass mittelfristig alle Familien und Alleinerziehenden mit Kindern und Wohnsitz in Dortmund in den Genuss der Vorteile der bislang nur Menschen mit geringem Einkommen vorbehaltenen ‚Dortmund-Karte‘ kommen. Darüber hinaus haben wir die Verwaltung beauftragt, orientiert an dem Modell der Düsseldorfer Familienkarte, Partnern aus Wirtschaft, Handel, Gastronomie und Vereinen die Gelegenheit zu geben, sich im Rahmen der ‚Dortmund-Karte‘ mit attraktiven Angeboten und Vergünstigungen nach außen sichtbar sozial und familienfreundlich zu engagieren. In einer Stellungnahme aus diesem Frühjahr wird von der Verwaltung dazu allerdings Folgendes ausgeführt: ‚Perspektivisch sollte bei der Weiterentwicklung der jetzigen Dortmund-Karte, hin zu einer (digitalen) Familienkarte in Anlehnung an die Düsseldorfer Familienkarte, die Projektverantwortlichkeit innerhalb der Verwaltung neu geprüft werden, da die neue Dortmunder Familienkarte keinen begründenden Leistungsbezug haben soll. Das Produkt würde damit den Zuständigkeitsbereich des Sozialamtes verlassen und wäre organisatorisch an anderer Stelle zu verorten.‘“

Dieser Verweis auf Zuständigkeitsfragen lässt für Familienpolitiker **Barrenbrügge** nur einen Schluss zu: „Uns drängt sich der Eindruck auf, dass das Thema ‚Familienkarte‘ von der Verwaltung weiterhin auf Eis gelegt werden soll. Wir werden uns weiter für Vergünstigungen für alle Familien einsetzen. Unser Ziel ist ein Dortmund, das für Familien lebenswert und erschwinglich ist.“

Neubau Junge Bühne: Bühnenviertel am Wall als Chance für Cityentwicklung



Foto: CDU-Ratsfraktion

Der Rat hat in diesem Jahr die Umsetzung des Bauvorhabens „Neubau Junge Bühne“ mehrheitlich beschlossen. Die CDU begrüßt, dass mit dem Ratsbeschluss der Grundstein gelegt wurde für die Vollendung eines attraktiven Bühnenviertels am Wall mit Opernhaus, Schauspielhaus und Junger Bühne in einem

Komplex. Die neue Spielstätte wird nicht nur den Kulturstandort Dortmund noch weiter aufwerten, sondern insbesondere die Dortmunder City als Ort kulturellen Erlebens stärken. Die Idee der Realisierung einer „Jungen Bühne Westfalen“ mit den Sparten Kinder- und Jugendtheater, Junge Oper und Jugendballett im unmittelbaren

Anschluss an den Standort des Schauspielhauses ist inzwischen fast 20 Jahre alt.

Dazu **Ute Mais**, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: „Natürlich hat uns die Frage bewegt, ob es in die Zeit passt, den Neubau für ein Kulturobjekt anzuschieben, das nach derzeitigem Stand rund 80 Mio. Euro kosten wird. Am Ende sind wir aber davon überzeugt, dass sich die Investition als Investition in die Zukunft für unsere Stadt auszahlen wird: Wir schaffen mit dem Neubau für die Junge Bühne einen neuen Anziehungspunkt, von dem die gesamte City profitieren wird. Der Neubau wird einen städtebaulichen Akzent setzen und so zu einem Baustein zur Stärkung der Attraktivität der Dortmunder City. Dem Bühnenviertel im Herzen der Stadt wird durch die Junge Bühne zusätzliche Leuchtkraft verliehen. Der Bau der Jungen Bühne wird das von uns erstrebte Bühnenviertel am Wall komplettieren, das damit für uns vollendet ist. Wir sehen in dem Neubau der Jungen Bühne eine enorme Bereicherung: Für die kulturelle Landschaft in Dortmund. Für die Außendarstellung unserer Stadt. Für die Behauptung unserer Stadt im Wettbewerb der Städte. Das kulturelle Angebot ist ein nicht zu unterschätzender weicher Standortfaktor.

Neben dem Ballett verzeichnet das Kinder- und Jugendtheater die meisten Besucher. Mit dem Bau der neuen Spielstätte in zentraler Lage erfährt das Kinder- und Jugendtheater eine sichtbare Aufwertung, die seiner Bedeutung entspricht. Das Kinder- und Jugendtheater ist aktuell in einer ehemaligen Berufsschule an der Skellstraße untergebracht. Das Gebäude ist mehr als sanierungsbedürftig und eine Instandsetzung macht wenig Sinn.“

Die Errichtung der „Jungen Bühne Westfalen“ in unmittelbarer Nachbarschaft zu Opern- und Schauspielhaus haben wir grundsätzlich immer befürwortet. Immer wieder haben wir unsere Erwartungshaltung ausgedrückt, dass die Verwaltung die Planungen für die Junge Bühne Westfalens gemäß den hierzu gefassten Beschlüssen des Rates entschlossen vorantreibt und umsetzt, damit die Politik einen Baubeschluss treffen kann und das „Bühnenviertel am Wall“ endgültige Gestalt annimmt. In diesem Jahr haben wir dafür einen großen Schritt getan.

Schulstraßen in Dortmund: Pilotprojekt zu sicheren Schulwegen sammelt Erfahrungen



Bildquelle: iStock.com/Animaflora

Der Mobilitätsausschuss hat sich im Frühjahr 2024 einstimmig für einen gemeinsamen Antrag von CDU und Grünen ausgesprochen, der die Erprobung von Schulstraßen an Dortmunder Grundschulen vorsieht. Der Vorschlag zielte darauf ab, gefährliche Situationen vor Schulen zu entschärfen und die Verkehrssituation rund um Bildungseinrichtungen zu verbessern.

Eine breite politische Mehrheit hat sich für ein zweistufiges Verfahren ausgesprochen:

Zunächst sollen an einigen Schulen Schulstraßen als neue Maßnahme für sichere Schulwege erprobt werden. Nach der Auswertung der Verkehrsversuche kann das Modell dann an weiteren Schulen umgesetzt werden. Der Verkehrsversuch hat zum Schuljahresbeginn begonnen und erste Eindrücke konnten gesammelt werden.

„Der CDU-Fraktion ist es wichtig, Erfahrungen zu sammeln und die Wirksamkeit der Maßnahmen zu bewerten. Die Einführung der

Schulstraßenregelung ist ein wichtiger Schritt, um der Zunahme an Elterntaxis, die in den letzten Jahrzehnten festzustellen ist, etwas entgegenzusetzen. Verkehr aus dem direkten Umfeld der Schule herauszuhalten, erhöht die Sicherheit der Kinder. Gleichzeitig werden



die Anwohner durch die getroffenen Regelungen nicht zu stark beeinträchtigt“, so **Dr. Eva-Maria Goll**, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

Unter Schulstraßen versteht man die temporäre Sperrung von Straßen im unmittelbaren Umfeld der Schulen für den Autoverkehr während der Zeiten, in denen die Kinder zur Schule kommen und nach Hause gehen. Anwohner, sowie Pflegedienste oder Transporte für Kinder mit Behinderungen, dürfen die Straße trotzdem mit einer Ausnahmegenehmigung befahren.

Die CDU-Fraktion hebt hervor, dass die Schulstraßen wichtig sind, um Gefahren vor Schulen zu vermeiden und einen guten Kompromiss für die sichere Nutzung des begrenzten Straßenraums darstellen. Die CDU-Fraktion ist auf die Ergebnisse der Pilotprojekte gespannt und wird den weiteren Prozess konstruktiv begleiten.

Nach interfraktionellen Gesprächen: Grundsatzbeschluss zum ÖPNV gefasst



Fotos: CDU-Ratsfraktion

Der Rat der Stadt Dortmund hat mit den Stimmen der CDU-Fraktion einen Beschluss zur Einführung einer Ringbuslinie sowie zur Anpassung des Innenstadt-Busnetzes gefasst. Die Verwaltung wurde im Rahmen dieser Beschlussfassung vom Rat beauftragt, die Einführung der Innovationslinie 400 (Ringbuslinie) vorzubereiten. Der Beschluss bedeutet die erfolgreiche Umsetzung eines CDU-Antrages zum städtischen Haushalt 2022, der den Ausbau des City-Busnetzes und die Einführung der Innovationslinie 400 gefordert hat.

Hierzu erklärt **Reinhard Frank**, mobilitäts-politischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Die Innovationslinie 400 ist ein wichtiger Bestandteil des Konzepts „Dortmund.Mobil



2030“. Mit der Einführung dieser Ring-Buslinie wird eine grundlegende Neugestaltung des Busnetzes in der Innenstadt angestrebt. Die Linie soll mit Elektro-Bussen

betrieben und mittelfristig digital gesteuert werden, was einen dynamischen Fahrplan ermöglichen soll. Statt fester Abfahrtszeiten wird ein 10-Minuten-Takt in Bezug auf die vorherige Abfahrt etabliert. Die Haltestellen werden mit dynamischen Fahrgastinformationssystemen ausgestattet, um präzise Auskünfte zu geben. Zudem wird ein barrierefreier Zugang an den Haltestellen vorausgesetzt.“

Möglich wurde der Grundsatzbeschluss durch den Verkauf des 36-Prozent-Anteils der Dortmunder Stadtwerke AG (DSW21) am Essener Energiekonzern STEAG. In intensiven und konstruktiven Gesprächen zwischen den Ratsfraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen sowie dem Vorstand von DSW21 und dem Oberbürgermeister wurde beraten, wie der Erlös aus dem STEAG-Verkauf zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie zur Stärkung von DSW21 eingesetzt werden kann. Das Ergebnis dieser Gespräche ist ein fraktionsübergreifender Konsens, der die Stärkung von DSW21 und spürbare Verbesserungen im ÖPNV-Angebot beinhaltet. Eine dieser Maßnahmen ist die genannte Innovationslinie 400.

Eine weitere Maßnahme ist der CityTaktPlus, der eine Taktverdichtung der Stadtbahnen auf den stark frequentierten Abschnitten „Hörde - City - Fredenbaum“ und „City - Hafen“ ermöglicht, unterstützt durch neu angeschaffte Stadtbahnen. Als dritte Maßnahme soll das Konzept DONight die nächtlichen ÖPNV-Angebote mit NachtExpress-Linien und Stadtbahnen optimieren. Die ersten Umsetzungsschritte sollen bis Mitte 2025 weitgehend abgeschlossen sein.

In deutlich abgespeckter Form: Städtische Servicegesellschaft „DOS21“

Zum Schutz der privaten Wirtschaft, insbesondere des Dortmunder Handwerks, vor kommunaler Konkurrenz haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die schon seit längerem von der Verwaltung geplante gemeinsame „Servicegesellschaft“ von Stadt und DSW21, die „Dortmunder Stadtwerke Servicegesellschaft (DOS21)“, in deutlich abgespeckter Form an den Start gehen wird.

„Die Verwaltung hat auf unsere Kritik, aber auch die Stimmen aus der Dortmunder Wirtschaft reagiert und wie von uns gefordert, ihre ursprünglichen Pläne fallen gelassen“, freut sich der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Udo Reppin** und erinnert an das ursprüngliche Vorhaben der Verwaltungsspitze: „Ursprünglich war für die städtische Servicegesellschaft ein so umfassender Unternehmensgegenstand vorgesehen, der mit diversen Bereichen der Privatwirtschaft konkurriert hätte. Vorgesehen war die Erbringung hochwertiger Leistungen im Bereich Sicherheit, Reinigung, Pflege und Instandhaltung von Gebäuden, Anlagen und Verkehrsmitteln aller Art sowie sonstiger Servicedienstleistungen in Dortmund und Umgebung. Dank unseres Einsatzes sind diese Pläne für eine so umfassende kommunale Servicegesellschaft in Konkurrenz zu privaten Unternehmen zu den Akten gelegt worden.“

Stattdessen haben wir im Rat die Gründung einer gemeinsamen Servicegesellschaft von Stadt und DSW21 beschlossen, die sich ausschließlich um den hochsensiblen Bereich der Sicherheit kümmern soll: „Als Gegenstand



Bildquelle: iStock.com/iunderhill

des Unternehmens ist nunmehr ‚nur noch‘ die Erbringung hochwertiger Leistungen im Bereich Bewachung und Sicherheit aller Art in Einrichtungen der Stadt Dortmund und ihrer Beteiligungsgesellschaften vorgesehen. Das Unternehmen soll dabei nur für die Stadt Dortmund und ihre Beteiligungsgesellschaften tätig werden. Die kommunale Betätigung in diesem hochsensiblen und im höchsten Maße verantwortungsvollen Bereich ist für uns vertretbar. Wir haben aber sehr deutlich gemacht, dass wir der von der Verwaltung



erwogenen perspektivischen Erweiterung des Leistungsspektrums nach fünf Jahren auf das Thema ‚Reinigung‘ ganz klar eine Absage erteilen“, stellt **Udo Reppin** für die CDU-Fraktion klar. Die Gründung der Dortmunder Stadtwerke Servicegesellschaft mbH ist für Ende November 2024 vorgesehen.

Entwicklung des Hafenquartiers Dortmund: CDU begrüßt klaren Kurs für modernen Digitalstandort



Fotos: CDU-Ratsfraktion

Mit dem Satzungsbeschluss des Bebauungsplans für die Speicherstraße ist ein Meilenstein für die Entwicklung des Dortmunder Hafenquartiers erreicht worden. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund begrüßt diesen wichtigen Schritt und sieht das Poten-

zial des Standorts als modernen Digital- und Gewerbe-Campus, der den Wirtschafts- und Innovationsstandort Dortmund nachhaltig stärkt. „Unser Ziel war es immer, den Hafen als industrie- und gewerbegeprägtes Quartier zu erhalten und weiterzuentwickeln“, erklärt

Uwe Waßmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

So hat die CDU-Fraktion die Entwicklung des Hafenquartiers von Beginn an aktiv begleitet und sich immer gegen die vom Oberbürgermeister vorangetriebene Idee der Ansiedlung der Fachhochschule (FH) Dortmund in diesem Bereich ausgesprochen. Mit der Entscheidung des Landes, die Pläne zur FH-Ansiedlung im Hafen abzulehnen, ist nun Klarheit geschaffen, um die seit 2017 unter breiter Bürgerbeteiligung erfolgreich entwickelten Quartierspläne ohne Verzögerung umzusetzen. Diese Pläne eröffnen die Chance, das Hafenquartier zu einem dynamischen Standort der Digital- und Kreativwirtschaft auszubauen. **Waßmann** bekräftigt: „In Dortmund fehlt es an Gewerbeflächen, und schon allein deshalb haben wir uns gegen die Ansiedlung der Fachhochschule im Hafen ausgesprochen. Eine FH-Ansiedlung hätte wertvolle Gewerbeflächen verschenkt.“

Im städtebaulichen Wettbewerb 2019/2020 erhielt das renommierte dänische Architekturbüro COBE den Zuschlag für das Quartier, das als ein „Quartier für alle“ konzipiert ist und die

Attraktivität des Hafenviertels für Gewerbe, Kultur und Bildung vereint. Dank der Unterstützung der CDU-Fraktion und der Einbeziehung zahlreicher Bürgeranregungen sind nun die Weichen für ein lebendiges, urbanes Viertel gestellt, das Dortmunds Position als Standort für die Digitalwirtschaft stärkt. „Ein attraktives Hafenquartier schafft Raum für Zukunftsindustrien und neue Arbeitsplätze in unserer Stadt“, betont **Waßmann**.

Für die CDU-Fraktion war und ist die Erhaltung des Hafens als industrie- und gewerbegeprägter Standort von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig unterstützen die Christdemokraten den nun vom Land Nordrhein-Westfalen gemachten Vorschlag, die FH Dortmund an der Emil-Figge-Straße zu bündeln.

„Als CDU-Fraktion freuen wir uns, dass sich unsere langjährige Position durchgesetzt hat. Mit dem nun geschaffenen Planrecht können wir den Grundstein für ein pulsierendes Hafenquartier legen, das den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Dortmunds langfristig stärkt und eine solide Basis für innovative Entwicklungen und Arbeitsplätze schafft“, so **Uwe Waßmann** abschließend.

Eine Strategie für alle Museen: Dortmund erhält endlich neuen Museumsentwicklungsplan

Vor zwei Jahren haben wir die Erarbeitung eines neuen Museumsentwicklungsplanes als Grundlage für die weitere Entwicklung der Dortmunder Museen und die damit verbunden kulturpolitischen Entscheidungen angestoßen. Wir haben die Notwendigkeit gesehen, mit externer Expertise auf die Dortmunder Museumslandschaft zu blicken und der Frage nachzugehen, wie die Zukunft der Dortmunder Museen zu gestalten ist, damit sie modernen Anforderungen und Erwartungen gerecht werden. Im Sommer hat uns die Verwaltung den von einem externen Büro erarbeiteten Museumsentwicklungsplan Dortmund 2024 „Mut zur Transformation“ vorgelegt. Der Museumsentwicklungsplan, der nach intensiver Planung und enger Zusammenarbeit mit Museen und Kulturinstitutionen sowie mit Hilfe einer Bürgerbefragung erstellt wurde, konzentriert sich auf drei zentrale Zukunftsthemen: Digitalisierung, Teilhabe und Nachhaltigkeit. Diese Themenbereiche werden die Basis für die strategische Ausrichtung und die zukünftigen Maßnahmen in den Museen der Stadt bilden.

„Der letzte Museumsentwicklungsplan stammt aus dem Jahr 2002. Seither haben sich die Rahmenbedingungen für die Kulturlandschaft durchgreifend verändert. Nicht nur der gesellschaftliche Wandel und die fortgeschrittene Digitalisierung unseres Lebens stellen die Museen vor die Aufgabe, sich neu zu definieren. Auch das Thema ‚Nachhaltigkeit‘ und der Schutz von Klima und Ressourcen stellt den Kulturbetrieb vor die

Herausforderung, sich anders aufzustellen. Deshalb war es uns so wichtig, die abwechslungsreiche und vielseitige Museumslandschaft unserer Stadt mit der Unterstützung durch externen Sachverstand unter die Lupe zu nehmen und einen aktuellen Museumsentwicklungsplan zu erarbeiten. Die mehr als 30 privaten und öffentlichen Museen sind ein kultureller Schatz, den wir zukunftsweisend und nachhaltig weiterentwickeln möchten.

Die Grundlage schafft der nun vorliegende Museumsentwicklungsplan 2024“, freut sich die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion **Ute Mais** über das Erreichte, fordert aber in diesem Zusammenhang zwei weitere CDU-Anliegen ein:

„Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass unsere Idee der dauerhaften Etablierung einer ‚Museumsmeile‘ in der Dortmunder City als neue Kulturmarke umgesetzt wird und im Zuge dessen auch die Erweiterung der Dortmunder Museumslandschaft um ein ‚Haus der Dortmunder Geschichte‘, das derzeit im Löwenhof geplant ist, endlich Realität wird. Ein ‚Haus der Dortmunder Geschichte‘ an diesem Standort wäre eine weitere Bereicherung der schon vorhandenen Museumslandschaft in der westlichen Dortmunder City und ein zusätzlicher Ankerpunkt für unsere Idee einer ‚Museumsmeile‘ im Herzen unserer City:



Fotos: CDU-Ratsfraktion

Unter dem Dach der ‚Museumsmeile‘ ließen sich das Zentrum für Kunst und Kreativität Dortmund U, das Deutsche Fußballmuseum, das Museum für Kunst und Kulturgeschichte, der schauraum: comic + cartoon und das Haus der Dortmunder Geschichte

vereinen. Unter Berücksichtigung dieser beiden Aspekte bietet der Museumsentwicklungsplan klare Visionen und konkrete Maßnahmen, die für unsere städtischen Museen eine starke und gemeinsame Grundlage für die kommenden Jahre schaffen.“

Die Mitglieder der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Sprechen Sie
uns bitte an:
0231 - 57 94 11
oder
mail@cdu-fraktion-dortmund.de



Thomas Bahr

Sprecher im Ausschuss für
Soziales, Arbeit und Gesundheit



Christian Barrenbrügge

Sprecher im Ausschuss für Kinder,
Jugend und Familie sowie im
Betriebsausschuss FABIDO
Stellv. Sprecher im Schulausschuss



Annette Becker

Stellv. Vorsitzende des Ausschusses
für Wirtschafts-, Beschäftigungsför-
derung, Europa, Wissenschaft und
Forschung
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für
Mobilität, Infrastruktur und Grün



Emmanouil Daskalakis



Reinhard Frank

Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Schatzmeister)
Sprecher im Ausschuss für Mobilität,
Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Rechnungsprüfungs-
ausschuss



Dr. Eva-Maria Goll

Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Beisitzerin)
Sprecherin im Schulausschuss



Dirk Hartleif

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Mobilität, Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Kultur,
Sport und Freizeit



Thorsten Hoffmann

Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Beisitzer)
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
Anregungen und Beschwerden



Sascha Mader

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für
Kultur, Sport und Freizeit
Sprecher im Ausschuss für Finanzen,
Beteiligungen und Liegenschaften
Stellv. Sprecher im Hauptausschuss
und Ältestenrat



Ute Mais

Bürgermeisterin
Mitglied des Fraktionsvorstandes
Sprecherin im Ausschuss für Kultur,
Sport und Freizeit
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für
Kinder, Jugend und Familie sowie im
Betriebsausschuss FABIDO



Matthias Nienhoff

Sprecher für Digitalisierung im
Ausschuss für Personal, Organisation
und Digitalisierung
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung,
Europa, Wissenschaft und Forschung



Ina Polomski-Tölle



Udo Reppin

Stellv. Vorsitzender des Rechnungs-
prüfungsausschusses
Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-
Beschäftigungsförderung, Europa,
Wissenschaft und Forschung
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Finan-
zen, Beteiligungen und Liegenschaften



Manfred Sauer

Sprecher im Rechnungsprüfungsaus-
schuss



Dr. Jendrik Suck

Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für
Finanzen, Beteiligungen und
Liegenschaften
Sprecher im Hauptausschuss und
Ältestenrat



Michaela Uhlig

Stellv. Sprecherin im Ausschuss für
Soziales, Arbeit und Gesundheit



Lars Vogeler

Sprecher im Ausschuss für Personal,
Organisation und Digitalisierung



Uwe Wallrabe

Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Beisitzer)
Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste,
öffentliche Ordnung, Anregungen und
Beschwerden



Uwe Waßmann

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz,
Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Personal,
Organisation und Digitalisierung



Friedrich-Wilhelm Weber

Vorsitzender des Ausschusses für
Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
Anregungen und Beschwerden
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung
und Wohnen

Impressum

Herausgeber: CDU Fraktion im Rat der Stadt
Dortmund, Friedensplatz 1,
44135 Dortmund

V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg
Geschäftsführer

Redaktion: Dr. Jendrik Suck (Leitung),
Ralf Binnberg, Reinhard Frank,
Susanne Lengner, Nils Sotmann,
Jutta Ziesmer

**Redaktions-
schluss:** 30. 11. 2024

Satz: schlecht gestaltet. Ute Schlecht

Druck: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH

So erreichen Sie uns:

Friedensplatz 1,
44135 Dortmund

Mo. - Do.: 9.00 - 17.30 Uhr
Fr.: 9.00 - 14.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Telefon: 02 31 - 57 94 11

Internet: www.cdu-fraktion-dortmund.de

E-Mail: mail@cdu-fraktion-dortmund.de



www.cdu-fraktion-dortmund.de



cdufraktiondortmund



cdufraktiondortmund



cdufraktionDO